

Saale-Zeitung.

Einmündredigter Jahrgang.

Der Abdruck mehrerer Original-Artikel ist nicht gestattet.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M. bei monatlicher Bestellung 2,75 M. durch die Post 3 M. pro monatlich 2 M. monatlich 1 M., ohne Befreiung. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz. Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Oswald Schulze in Halle. (Zerrenschverbindung mit Berlin, Pölsig, Magdeburg u. Kassel Nr. 176.)

Nr. 292.

Halle a. d. Saale, Freitag den 25. Juni.

1897.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Vierteljahrsabonnement auf die zweimal täglich erscheinende

Saale-Zeitung.

Wir bitten die Bestellungen — namentlich diejenigen bei den Postanstalten — möglichst frühzeitig anzunehmen. Der vierteljährliche Abonnementpreis mit Einschluß sämtlicher Beilagen beträgt bei allen kaiserlichen Postanstalten 3 Mark, bei unseren Expeditionen 2,50 Mark bei täglich einmaliger, 2,75 Mark bei zweimaliger Zustellung. Die „Saale-Zeitung“ wird sich auch weiter in den Dienst der liberalen Sache stellen und, von keiner Partei irgendwelche abhängig, selbständig für einen gesunden Fortschritt wirken. Ihre ausgedehnten Verbindungen in den größeren Orten Deutschlands und in der Lage, ihre Leser auch schnellste von den wissenschaftlichen Vorgängen auf allen Gebieten in Kenntnis zu setzen. — Die politischen Tagesfragen werden in Zeitartikeln ergründend behandelt, und in übersichtlicher Zusammenfassung finden der Leser außer den reichhaltigen eigenen Informationen der „Saale-Zeitung“ die wichtigsten Redaktionen der verschiedenen Parteiblätter nebst freilichigen Erörterungen. — Der lokale und der provinzielle Teil, ebenso der Handelsstoff, der in der Abend-Ausgabe bereits die telephonisch übermittelten Berichte der Berliner Börsen vom selben Tage enthält, bilden den Gegenstand reger Aufmerksamkeit. Das Feuilleton bringt eine Fülle der verschiedensten Nachrichten aus allen Gebieten des täglichen Lebens, von Kunst, Wissenschaft u. Auf die Auswahl spannen der Romane in dem täglich beiliegenden

„Unterhaltungs-Blatt“

wird besonders Beachtung geschenkt, auch für das neue Quartal sind wieder eine Reihe äußerst fesselnder Erzählungen erworben worden.

„Blätter fürs Haus“

nebst Schach- und Räthsel-Zeitung bildet eine wertvolle Ergänzung des Lesestoffs unserer Blätter. Der Anzeigentheil enthält alle Bekanntmachungen der staatlichen und städtischen Behörden, soweit sie für den Leserkreis von Bedeutung sind. Anzeigen in der „Saale-Zeitung“ sind, wie bekannt, von bestem Erfolg. Die Expedition der „Saale-Zeitung“

Die parlamentarische Lage.

Der Reichstag wird heute geschlossen. Die konservative Partei hat noch zu guter Letzt die Frage erörtert, ob sie nicht eine Interpellation an die Reichsregierung über die Ausführung des Vorparagrafen richten solle, aber sie hat darauf verzichtet; denn der Reichstag ist ein heißer Boden, und im Abgeordnetenhause herrscht eine angenehme Temperatur. Am Reichstage spielt die konservative Partei nicht die erste Geige, in Abgeordnetenhause dagegen verstimmt sie nahezu über die Mehrheit des ganzen Dreierheils. Allerdings, die Tage folgen einander, aber sie gleichen sich nicht. Auch die sonst, besonders in Mittelfragen und in Unklarheiten erprobte Mehrheit ist allgemach in die Brüche gegangen. Man konnte im Vernehmlichen gestern an die Zeiten des Verfassungsstaats erinnert werden. Die Nationalliberalen standen wieder den Konservativen schroff gegenüber. Oberbürgermeister hörte man in einem Tone reden, den die Regierung lange nicht von ihnen gehört hat. Je länger sich die Session des Landtages hinanzieht, um so schärfer spitzt sich der Gegensatz zwischen den früheren Parteipartnern zu. Kann sein, daß die Regierung dazu einen Vorbehalt hielt. Aber ob sie dabei ihre Rechnung finden wird, auch bei den nächsten Reichstagswahlen, das wird die Zukunft lehren.

Der Handelsminister Briesel hat am Mittwoch eine Reise parlamentarischer Gänge unternommen und mit ihnen freundschaftlich geredet über dies und das und noch etwas. Man sprach über die Vereinstariffrage, über deren Schicksal allerdings der Handelsminister nicht allzu viel gewußt hat, aber auch über die Vorparagrafen. Namentlich unterließ man sich mit Herrn Briesel darüber, wie er sich zu der Auflösung der Vermählung im Reichspalast stelle und wie er über die Einbringung der Interpellation im Abgeordnetenhause denke. Herr Briesel hat bisher den Agrarier weitlich ins Gewissen geredet, sie möchten nachgiebig und vorzüglich sein und nicht auf ihrem Standpunkt beharren, da sonst ein Friede gar nicht herzustellen sei. Jetzt scheint er ganz in das Fahrwasser des Herrn v. Blos hineingekommen, denn — so wird wenigstens berichtet — er sprach sein vollkommenes Einverständnis mit der Auflösung der Reichspalast-Vermählung aus, nur daß man nicht erfahren hat, ob er selbst diese Auflösung angeordnet oder von dieser Anordnung nur erfahren hat, wie sie erfolgt war. Wie kann schließlich nur ein Minister, selbst wenn er mit dieser Verfügung nicht einverstanden war, der vollkommenen Tatsache gegenüber eine andere als eine zustimmende Haltung einnehmen. Das liegt einmal in der Natur der Sache.

Aber Herr Briesel hat sich auch mit der Einbringung einer Interpellation über den Frühlingsmarkt, die nicht sowohl im Reichstage als im Abgeordnetenhause erfolgen sollte, zu verhalten erklärt. Auch das ist mir möglich. Denn schließlich ist es immer gut, daß man über die Absichten der Regierung Klarheit erhält, und Klarheit thut in der That noch angelegter der vollkommenen zerfahrenen Verhältnisse im Getreidehandel. Die heutigen Zustände sind in der That ganz unhaltbar. Sie bringen unbeschreiblichen Schaden nicht nur über den Handelsstand, sondern auch über die Landwirtschaft, nur daß diese Landstände nur den unter dem Namen des Herrn v. Blos stehenden Landwirten noch immer nicht offen eingestanden haben. Jetzt haben die Agrarier einen neuen Schlag vor, einen Schlag, der freilich wiederum nur sie selbst treffen wird. Die Redaktionen nämlich — und das ist auch in der Interpellation ausgesprochen — daß der Berliner Frühlingsmarkt, ganz wie die Reichspalast-Vermählung, als eine reine Privatangelegenheit angesehen werden soll, wobei die Reichsregierung keine Verantwortung übernehmen soll. Und was wird die Folge sein, wenn die Regierung dieser Forderung nachgibt? Doch auch der Berliner Frühlingsmarkt anhöret. In der That rechnet die „Drische“ Angelegenheit des Bundes der Landwirte schon mit dieser Thatsache; denn sie veröffentlichte bereits einen ihrer eulenkenden Artikel über die Börse und fordert für den Fall, daß der Ausbruch der Getreidehandlung über den Frühlingsmarkt ausgebrochen werde, die Androhung des Deklarationszwanges auf die

Getreidegeschäfte und, wenn dann die Getreidehändler überhaupt nicht mehr kaufen wollen, eine Grenzperre für ausländisches Getreide. Beide Forderungen sind mit dem Geiz völlig unvereinbar; denn niemand kann nach dem heutigen Marktstande zwingen, ihre Geschäfte der Schärfe anzugehen, und eine solche Ausnahme nur für die Getreidehändler zu machen, wäre in der That der Gipfel der Ungerechtigkeit. Ferner ist eine Sperre gegen ausländisches Getreide oder auch nur eine Beschränkung der Einfuhr eine so offene Verletzung der Handelsverträge, daß keine Regierung auf sie eingehen kann. Da überdies der Reichstag jetzt nach Hause geht, ist obenin eine Änderung der Gesetzgebung vorerst nicht zu denken; denn vor dem Schluß wird der Reichstag nicht wiederkehren. Ob aber der Handelsminister wirklich schon so, wie nach den Berichten über seinen Werbenand annehmen ist, in das Lager der Agrarier übergegangen ist, daß er von der Interpellation eine Verärgerung der Stellung der Regierung gegenüber den Kaufleuten erwartet und daß er ferner auf die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den Kaufleuten und Landwirten im Gegensatz zu der neutralen Erklärung in der „Welt“ verzichtet, das kann man nicht mit Bestimmtheit behaupten. Herr v. Blos ist ein mächtiger Mann und mächtiger heute jedenfalls als ein preussischer Handelsminister.

Im Abgeordnetenhause werden trotz der glühenden Hitze noch lange Debatten stattfinden, nicht nur über die Vorparagrafen, sondern auch über die Vereinstariffrage. Herr v. d. Reke hat im Herrenhause die Erklärung abgegeben, daß die Novelle, wenn sie vom Herrenhause geändert werde, von der Regierung nicht zurückgegeben, sondern abermals an das Abgeordnetenhause gebracht werden solle. Daran hat selbst Graf Kintowitsch nicht geglaubt. Aber den Gegnern der Novelle kann diese Ansicht der Regierung nur willkommen sein; denn abgesehen von dem, was nicht zu stande kommen, auch nicht einmal der Vorparagrafen im Abgeordnetenhause noch übrig geblieben ist. Die Regierung stimmt den Vorschlägen, die Herr v. Blos im Abgeordnetenhause gestellt hatte, zu. Diese Vorschläge werden in Herrenhause Annahme finden. Dieselben Vorschläge werden am 31. Mai 1897 im Abgeordnetenhause mit 207 gegen 198 Stimmen verworfen werden. Sie werden auch bei der wiederholten Abstimmung verworfen werden, und damit ist die Novelle tot, ganz tot, so daß von ihr auch nicht eine Spur übrig geblieben ist, mit Ausnahme der Wirkung, daß sie zu Gunsten der Sozialdemokratie und der Verärgerung des Gegenpartes zwischen der nationalliberalen Partei und der Rechten geht hat. Das ist das Fazit der parlamentarischen Lage. Wenn aber eine Regierung mit konsequenter sein wollte, so müßte sie nach der wiederholten Ablehnung der Vorlage durch das Abgeordnetenhause dieses aufhören und Neuwahlen ausschreiben. Und das wäre allerdings eine wahre Ironie des Schicksals, daß selbst die konservative Kammer, die es seit 1855 gegeben hat, der Regierung nicht Genüge thun kann und in Konflikt mit dem Reichstag gerät, der nach den verschiedenen Verhandlungen der letzten Jahre durch die Neben der Herren v. Puttkamer und v. d. Reke glücklich wieder zu allem Kurz geworden ist.

Deutsches Reich.

Parlamentarische.

In einer kürzeren Berliner Aufsicht des „Hamb. Kor.“ wird behauptet, dem Reichstage werde in der nächsten Winter-session eine neue Marinevorlage gegeben. Wahrscheinlich werde die Marine, insbesondere das Centrum, eine ganz andere Stellung einnehmen als in der vorigen Session. Die Aufnahme einer Flotte von 150 Millionen Mark, 90 Millionen für Schlachtschiffe, 60 für Panzerkreuzer — sei dazu erforderlich.

Wirtschaftliche.

In den Berichten der Fabrikationsbeamten über das Jahr 1896 sind zum ersten Male über die Wirkungen der am 1. Juli v. J. in Kraft getretenen Verordnung des Bundesrats über den Betrieb von Häusern und Konduktoren Mitteilungen veröffentlicht. Fast allen diesen

Mitteilungen ist gemeinsam, daß die Aufsichtsbeamten von größeren wirtschaftlichen Schädigungen und von einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen nichts bemerkt haben.

Es wird allerdings vielfach festgestellt, daß — und dies ist namentlich im Osten der Fall, — zwar die formalen Vorschriften hinsichtlich der Bestimmungen in unterer Beziehung jedoch die ersten Bestimmungen noch nicht oder nicht ganz eingehalten werden. Die letztere Ermahnung wird hauptsächlich darauf zurückgeführt, daß zum Teil die Meinung besteht, daß eine Ausübung der Bundesratsverordnung nicht ausgeschlossen sei. Die Berücksichtigung der Häusern in dieser Hinsicht ist schwer. Es wird indessen angegeben, daß die Verordnung unannehmlichkeiten für manche Häusern im Besonderen gehabt hat. Im Osten der Monarchie fanden die Aufsichtsbeamten die Unannehmlichkeiten mehr für die Häusern der größeren Städte als des platten Landes. Das war nicht in der größeren Städten die Durchführung der Verordnung deshalb auf Schwierigkeiten, weil die Ansprüche des Publikums in Bezug auf die Größe und Veredelungsartigkeit des Gebäudes größer sind. Im Westen ist die Beobachtung gemacht, daß sich gerade die größeren Häusern durch die Einführung von zwei Häusern besser behaupten können als die kleineren, denen die Ausfälle wegen Mangels der Arbeitskräfte unmöglich ist. Von verschiedenen Seiten wird betont, daß Meister und Gesellen eine Veränderung in der Richtung auf die Feststellung der Arbeitszeit für die Woche verlangt hätten. Auch wird hervorgehoben, daß in manchen Gegenden die Verordnung dem Wohlwollen der Häusern durch die Befreiung ein Ende gemacht hat, und dies als eine erfreuliche Erscheinung bezeichnet.

Im großen Ganzen wird man jedoch aus den Berichten der Fabrikationsbeamten auf das Jahr 1896 den Eindruck erhalten, daß das Urteil über die Wirkungen der Bundesratsverordnung noch nicht abgeschlossen sein kann.

In Gegenwart des Bürgermeisters von Berlin Kirchner fand am Mittwoch abend in Keller's Hofsaal eine öffentliche, vom „Bund der Industriellen“ und „Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine“ einberufene öffentliche Volksversammlung statt, in der beschlossen werden sollte, welche Anträge der Regierung beim dem preussischen Abgeordnetenhause in Bezug auf die Fluss-Verbindung Berlins mit der Dniep unterbreitet werden sollten.

Der Referent, königlicher Bauamt Contag, führte in längerer Rede aus, daß er weder für das der Regierung vorliegende Kanalprojekt, noch welchem der Flussschiffahrt für Schiffe von 500 bis 600 Tonnen fahrbar gemacht werden sollte zustimme, noch der sofortigen Erbauung eines großen Seekanals, sondern es müsse ein Kanal für Schiffe auch über 500 Tonnen geschaffen werden. Der Kanal müsse so angelegt werden, daß er später in einen Seetanal umgewandelt werden könne. Damit müsse als integrierender Teil eine Central-Dokanalanlage geschaffen werden. Das der Regierung vorliegende Kanalprojekt für 600 Tonnen-Schiffe sei auf 20 Millionen, sein Kanalprojekt für über 600 Tonnen-Schiffe auf 25 Mill. M. berechnet, erst, daß in Charlottenburg anzuliegenden Centralhafen. Mit der denkbaren Befreiung an den Kanal sollte man noch warten und sich zunächst mit einem in Summe bei Heras gehaltenen Anteaufbau des Kanalprojektes (Kanalbau) beschäftigen. — Darauf bemerkte Generalsekretär Dr. Wenzel, daß die Summe von 25 Millionen M. schon aus politischen Gründen nicht auszuführen sei, da die Agrarier dagegen seien. Die Kosten der Kanalbauarbeiten würden sich auf 100 Millionen M. belaufen, die Hälfte davon würde durch den Kanal geschaffen werden. (Sehr richtig!) Die Berliner Konventionen würden durch den Kanal 750,000 M. Fracht per Jahr erparen. (Beifall.) Nachdem noch einige Redner in denselben Sinne gesprochen, gelangte folgende Resolution gegen die Stimmen von drei anwesenden Schiffgeheimen zur Annahme:

Die heutige Volksversammlung schlägt vor, dem „Bund der Industriellen“ wolle folgende Entschlüsse an die königliche Staatsregierung richten: Den Beschlüssen nach ist im wirtschaftlichen Interesse seitens der königlichen Staatsregierung ein Projekt für die Herstellung einer neuen Wasserstraßen zwischen Berlin und Stettin für 500 Tonnen-Schiffe ausgearbeitet worden und ist in denselben eine Scheitelhaltung angenommen, welche etwa sechs Meter über dem Berliner Mittelpegel liegt. Wir bitten die königliche Staatsregierung wolle in Erwägung nehmen 1. Die Vermehrung des Kanals in Herbesheim mit der des Dortmund-Ems-Kanals für Schiffe von 600 Tonnen Tragfähigkeit zu bringen; 2. Im Interesse der Erleichterung und Verbilligung des Schiffahrtswertes von der sechs Meter höheren Scheitelhaltung abzusehen und den Kanalschiffahrt in Höhe der Berliner Gewässer bei tiefer Durchsicht

Nach einem am 21. Mai veröffentlichten schweidischen Gesetze haben die in Schweden geltenden Bestimmungen über die Bekämpfung der fremden Gattungsflecken in Isoseren eine Erweiterung erfahren, ab dem Beginn des Jahres 1898 ab die jetzt für den Kolonienmarkt zur Erhebung gelangende Abgabe von 100 Kronen jährlich für einen Zeitraum von 20 Jahren von Tage der Errichtung der Abgabe ab erhoben werden und für die an jedem Ort vor Eintritt des Geschäftserfordernisses der Gattungsflecken an Stelle der Verwaltungsbehörde die Lokalbehörde aufzubringen sein soll.

Verwaltung und Rechtspflege.

Im Reichspatent des Amtes sollen einer medizinischen Zeitschrift zufolge, zur Zeit wieder Beratungen stattfinden über die Einführung der obligatorischen Versicherung in Deutschland. Bei dieser Gelegenheit erinnert die „Welt“ „Wissenschaft“ daran, daß der erste Entwurf zur Einführung einer obligatorischen Lebensversicherung im Jahre 1874

also vor 23 Jahren gemacht wurde, und zwar von der Reichskommission zur Vorbereitung der Aufgaben eines zu schaffenden Gesundheitsamtes. Weiter heißt es dann:

Alle Städte von der Größe her, mit welcher die Regierung diese wichtige Frage behandelt, aber selbst 23 Jahre vorläufig nicht genügt haben, dieselbe zu lösen zu suchen. In den letzten Jahren tauchten von Zeit zu Zeit immer wieder Meinungen auf über Beschlüsse, welche seitens der interessierten Kreise über die Einführung der obligatorischen Krankenversicherung abgelehnt wurden. Doch nach dem Bericht immer nur von Beschlüssen und nie von deren Resultaten zu erzählen. Nach dem vor 23 Jahren abgelehnten Entwurfe sollten die Kosten für den von einem Arzt auszuführenden Krankenbesuch von den Angehörigen des Versicherten und im Inverhältnisfall von der Gemeinde bezahlt werden. Die Ärzte sind seitdem soweit entgeltlos gekommen, daß sie auf ein Honorar für die Ausstellung des Krankenbesuchs in allen Fällen, in denen sie den Versicherten selbst behandelt haben, verzichten. Da die Zahl der Ärzte in Deutschland seit dem Jahre 1874 bedeutend vermehrt hat, die Zahl der heute ohne ärztliche Behandlung Verstorbenen daher eine bedeutend kleinere ist als damals, würde auch die Zahl derjenigen Fälle, in denen die Gemeinden für die Kosten des Krankenbesuchs aufzukommen haben, heute eine viel kleinere sein als vor 23 Jahren. Damit ist hoffentlich der Zusammenhang gegen die Einführung der Krankenversicherung beseitigt, denn dieser besteht nun hauptsächlich von dem Krankheitsbesuche aus, welche die Leitung der Gemeinden fürchten, und es ist nunmehr hoffentlich begründete Aussicht vorhanden, daß die Frage der obligatorischen ärztlichen Krankenversicherung nach 23 Jahren endlich aus dem Stadium der Beschlüsse herauskommt.

Alle Schängelassen wird eine neue Entscheidung des kaiserlichen Reichsausschusses interessieren. Derartige eine Gemeinde nicht berechtigt ist, für die Erhebung eines Aufbesserungsfiskus zu verlangen, wird dieselbe nach dem Statut der Gemeinde im Sinne gewöhnlicher Vorschriften nicht anzulegen sein. Der Gemeindevorstand in Vorderbüden der Königsberg hatte die Königsberger Schängelassen, welche durch ihren Schicksal nach, zur Erhaltung eines Aufbesserungsfiskus von 3 M. für jedes einzelne Schängel, auch die Lehrlingskassen, bei denen gemeinlich Beträge ausgeschrieben werden, heranzuziehen wollen.

Der Berliner Magistrat hat der Oberpräsident, Staatsminister Dr. v. Adenau, aufgefordert, sofort ein Verzeichnis der in den einzelnen städtischen Bureaus beschäftigten Mannschaften zusammenzustellen, das die Zahl der Mannschaften und die Besoldungen enthält. In allen städtischen Bureaus werden die Mannschaften bisher nur ganz unregelmäßig mit Militärarbeitern versehen. Jedemals wird die Stadtgemeinde im Wege des Patronats die Versorgung der Mannschaften anerkennen müssen, die bisher ohne Bezug auf Pension und Weiterverdingung völlig vernachlässigt wurden.

Der Reichstagsrat ist eine mit der Schreibmaschine hergestellte Zifferliste ausgegangen, welche ein Droschkrief an die deutsche Regierung resp. den deutschen Kaiser ist und von jemand angeht, der sich mit den Griechen identifiziert. Es wird die Drohung der Verhaftung hochst kompromittierender Thatsachen, die sich herabgelassen werden, gegen welche die Könige und Kaiserhöflichkeit nur Widerstand leisten, dem griechischen Thron zu verfallen. Das Blatt vernimmt Womans-Schwamm als Verfasser des Briefes. Gegen diesen ist bestimmt seitens der Berliner Staatsanwaltschaft wegen Verleumdung ein Strafverdict erlassen worden.

Stunde und Straße.

Da das neue Lehrerbildungsrecht die bisherige Interessentliste aufhebt und die Lehrer nicht mehr kennt, ist es bestimmt worden, daß fortan nur noch vorläufiglich geprüfte Lehrpersonen im öffentlichen Schuldienst stehen dürfen, die zur einwilligen (provisorischen) oder endgültigen Anstellung befähigt sind. Sofern unter besonderen Umständen auch in der Folgezeit noch die vorübergehende Verwendung von Schulleuten durch nicht vorläufiglich geprüfte Lehrpersonen annehmsweise erforderlich sein sollte, ist dazu in jedem Falle die vorherige Genehmigung der zuständigen Regierung einzuholen.

Als ein Mäurer von Lehrereinstellung stellt zeigt sich die Vornameidee Leppendorfer im sächsischen Kreise Landesherrn. Dort sind einmündig zum Grundbesitz auf 1200 M. (für Grundbesitzer auf 1000), die Altersgrenze auf 50 M. (für 600), die Altersgrenze auf neunzig 150 M. (für Lehrer) worden.

Bei dem Festhalten der elektrochemischen Kongresse in München führte der Universitätsprofessor Bayer-München aus, daß er früher ein Freund des chemischen Staatsangehörigen gewesen sei, aber jüngst habe ihm der zweite Vorsitzende des Internationalen Vereins der deutschen Chemiker gesagt, man wolle mit den Chemikern die großen Institute (Lithium, Natrium, Kalium, Barium, Strontium), die so wichtige Materie ein, den Naturforscher Wissenschaften in die Hände gegeben und den Grund zu unternehmen wichtigen Chemie gelegt haben, vernichten und in allen städtischen technischen Hochschulen die Chemie betrieblieben. Der Redner erklärte den vorliegenden Fall nicht, nicht hinter dem Rücken der Naturforscher, welche doch die Naturwissenschaften, das industrielle Gesundheitsamt sei mit dem Entwurf der Bestimmungen über ein chemisches Examen beschäftigt. Der Redner hat seine Vorlesung hinsichtlich der Unkenntnis der regierenden Kreise über die Materie. Es könne leicht eine Einführung getroffen werden, die den Weg der deutschen chemischen Wissenschaft vorantreibt und es den Professoren unmöglich mache, wie bisher zu wirken. Bekannten Befehl fand der Tod eines anderen Redners auf Bismarck. Wir wollen (Schicksal der Donaukreuz), nicht Bismarck (stürmischer Befehl); schließlich mit Friedr. Schlegel sei die Blumengarde der Donaukreuz.

Die Stadt Mainz beabsichtigt, einen Schimmelreiter anzustellen, der die Kinder der Volksschule in den Straßen des Schutzes leitet. Die Einrichtung würde sich auch anderwärts zur Nachahmung empfehlen.

Kolonialangelegenheiten.

ms. Heber die Al., wie man in Ostafrika Grenzstreitigkeiten beilegt. Heber und ein befreundeter Herr, welcher der deutschen Marine angehört. In den ersten Tagen des März hat die deutsche Marine die Unter-Abteilung der Grenze untrüb Schutzbefehl mit den Engländern Grenzstreitigkeiten vorgenommen waren. Einige Tage darauf haben S. M. S. „Lombard“ und das englische Kriegsschiff „Blonde“ nach Dar-es-Salaam, wo der englische Generalkonsul mit dem Gouverneur aber diese Angelegenheit fortsetzte. Infolge dessen haben die beiden Kriegsschiffe ein Wägen an die Unter-Abteilung die Stelle der Streitigkeit. Im Vorbeigehen „Lombard“ hatten sich der Gouverneur Oberst Siebert, Regierungsrath Dr. Stuhlmann als technischer Beirat, Regierungsdirektor Bacher als Dolmetscher und ein Dolmetscher mit 20 Afrikaner eingeschiffet. Bei der Ankunft des „Lombard“ lagen bereits das englische Kriegsschiff „Blonde“ und ein deutsches Kriegsschiff vor dem Hafen. Die englische Kommission war bereits ausgehifft, als die deutsche ein Land kam. Heber die Ursache der Streitigkeit kann ich nur von Vordenen berichten. Die Einwohner eines Dorfes des nördlichen Reichs, namentlich aus dem Reichsland gebürtig. Aus Anlaß eines Streitfalls, welcher nur Gericht erachtet werden mußte, wollten sie sich an die Deutschen wenden, was aber ein Deutscher,

früher in den Reihen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft stehend, jetzt aber in englischer Partei, sich hinrichten ließ. Die englische Generaloffizier soll die Sache in diesem Sinne für richtig befunden haben. Nach den deutschen Karten gehörte das Dorf zu Deutschland, während dies auf den englischen Karten nicht der Fall war. Die Kommissionen schienen sich an dem nicht einigen zu können, weshalb die Entscheidung den Schiffskommandanten überlassen wurde, welche auf der Protokolle steht. Am Tage wurden die Vorgesetzten der Schiffe genau astronomisch bestimmt. Darauf ließ man am Abend an den angenommenen Grenzen aufsteigen. deren Aufsteigungs-punkt von den Kriegsschiffen angepöbel wurde. So wurde der Aufsteigepunkt der Grenze genau festgestellt, und der englische Kommandant konnte nicht umhin, den Deutschen recht zu geben. So waren Deutschland ein Dorf mit, wie man sagt, 200,000 Kolonisten erhalten geblieben.

Deer und Marine.

In Sonderburg soll ein französischer Spion verhaftet worden sein, der wie es heißt, einem Unteroffizier 100,000 M. für die Beschaffung eines Gewehrs des neuen Jägerunterwesens geboten haben soll. Die Zurückführung seiner Kleider ergab sich, daß er nur im Besitze weniger Feinmünze war. Seine Angaben, daß er aus dem Schleswolder Stamme, erweisen sich als unrichtig. Auffällig ist, daß der Beschaffte die französische Sprache nicht versteht. Nach den Angaben des ersten Angabers über seine Herkunft als mehrfach erwiesen hatten, erklärte er, daß er aus dem Reichslande stamme und kein Franzose sei. Die in Einladungsverträgen angeführten Nachforschungen haben keine Befragung ergeben.

Deutscher Reichstag.

236. Sitzung vom 24. Juni, 12 Uhr.
Am Bundeskanzleramt: Staatssekretär Dr. v. Bötticher, Handelsminister Reichel.

Das Haus ist zur Besetzung.
Die dritte Beratung der Handwerker-Vorlage wird bei den Einbringungsbestimmungen fortgesetzt.
Die Abg. Auer und Gen. (Soz.) beantragen einen neuen Artikel 14, in welchen die Bestimmungen der dem Reichstag noch vorliegenden, nicht mehr zur Erzielung kommenden Vorlage über die Verhältnisse der Arbeiter der Konfektions- und Wollweberei an die Handwerker-Vorlage angelehnt werden sollten, soweit sie sich auf die Einführung von Lohn- und Lohnzahlung an die Arbeiter, sowie auf die Erhebung der Arbeitererhebungsbeträge auf diese Arbeiter und auf die Einbeziehung derselben in die Krankenversicherung beziehen.

Präsident v. Nolte theilt mit, daß ihm zwar diese Anträge bezüglich zugegangen seien, daß sie sich aber nicht unmittelbar auf die Handwerker-Vorlage beziehen, sondern auch auf die Krankenversicherung und letztere nicht in den Rahmen des Gesetzes hineinpaßt.

Abg. Singer (Soz.) betont, daß die Anträge durchaus zur Sache gehören und einzeln beraten werden müßten.

Es wird auf Vorlesung der Anträge eingetreten, über die Anträge einzeln zu beraten und zwar zunächst über den Antrag, hinter § 114 der Gewerbeordnung eine neuen § 114a einzufügen, welcher Einwirkung von Lohnhägern und Arbeitsstellen vorgelassen.

Abg. Volkswarte (Soz.) begründet diesen Antrag, der im Interesse der Arbeiter von Wichtigkeit und Wichtigkeit der Sache ist. Den militärischen Schutzleistungen und den Lohnhägern würde ein wirksamer Mangel vorgebeugt werden.

Abg. Jähr. v. Heintz (LI) bemerkt als Vorsitzender der Kommission für den Arbeitervorlag, daß die Bestimmungen der Konfektionsarbeiter, daß hinsichtlich der Beschäftigung des Reichstags diese Vorlage nicht anzuwenden werden konnte, wie die Protokolle dieser der Kommission anerkannt haben. Man könne das Gesetz zwar im Plenum beraten, aber für die vorliegenden Anträge könne das Centrum nicht eintreten.

Abg. Jähr. v. Heintz (LI): Diese Materie ist so überaus wichtig, daß sie nicht in der ersten Sitzung des Reichstags zu beraten und durch solche Anträge erledigt werden könnte. Am 1. Juli trete bereits eine Verordnung in Kraft, welche den Konfektionsarbeitern wenigstens einige Vortheile zubehalte. Der sozialdemokratische Antrag zu § 114 genüge in seiner Weise, welche auch den Arbeitern nicht genügen, wenn er enthält nicht einmal das, was schon in der ersten Sitzung des Reichstags beschlossen, z. B. Festlegungen über die Aufgaben und über die weibliche Fabrikinspektion. Auch seien Lohnhäger und Lohnzettel noch kein Arbeitsvertrag im üblichen Sinne. Er verleihe nicht, wie eine ganze Forderung dazu kommen könnte, die Bestimmungen über Arbeitsvertrag, die Sozialerforderung in dieser Art einzuführen. Es sei damit wohl ein sozialistischer Zweck verbunden.

Abg. Gamp (Sp.): Seine Partei sei bereit, die Wünsche der Konfektionsbranche zu befriedigen, könne aber dem Bundesrat nicht so weitgehende Vollmachten geben, wie sie die Konfektionsarbeiter verlangen. Die von sozialdemokratischen Anträge könne man natürlich erst recht nicht eingehen.

Abg. Dr. v. Levetzow (kon.): Seine Partei nehme lebhaften Antheil an den Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Konfektionsarbeiter. Wider Erwarten seien aber diese Anträge für die Einführung des Reichstags eingebracht, weshalb sich seine Partei nicht damit einverstanden erklären könne.

Abg. Singer (Soz.) bedauert die letzten abgelehnten Erklärungen, nicht die Einwände zu widerlegen und meint, man wolle die Vorläufe der Regierung auf Befreiung der Lage der Arbeiter auf ein Minimum herabdrücken. Im Lande wisse man wohl, wie wenig die eben zu Wort gekommenen Parteien für die Arbeiter thun, was hätte sehr gut noch die Regierungsvorlage erledigen können, ebenso wie man die Handwerker-Vorlage erledigt habe. Die Sozialreform werde wohl wenig mehr hervortreten, nachdem die Arbeitsstellen für Herrn Staatssekretär v. Bötticher eingesehen habe.

Abg. Richter (freil.): Es theilt nicht den Gedanken an die Gehaltung neuer Parteibestimmungen und Beschränkungen, es komme nicht darauf an, gegen eine Kraftteil zu viel Reizepte als nur möglich zu verschreiben, sondern zu prüfen, welche Wirkung die Reizepte ausüben werden. Die Ursache der unglücklichen Lage der Konfektionsarbeiter liegt in der monatlichen Erwerbshöhe, welche dem weiblichen Geschlechte, sowie in dem Lebensbedarf. Hier könne auch nur der Hebel eingeleitet werden. Es sei doch merkwürdig, daß die Anträge erst gestern eingebracht wurden, obwohl die Sozialdemokraten seit Wochen die Gehaltsbestimmungen des Reichstags kannten. Man wolle hier in dieser Beziehung festhalten, welche Bestimmungen einzuführen, gegen die es dann freier Korrektur gebe. Die Bundesratsbestimmungen, welche am 1. Juli in Kraft treten, sei wichtiger als diese Anträge. Wenn Stamm Trumpf sei und Herr v. Bötticher gehe, so sei es doch verfehlt, der Regierung zu weitgehende Vollmachten zu übertragen. In einem politischen Punkte wird es besser gewesen sein, wenn die Arbeiter keine Vollmachten, so lang wie der Bundesrat seine Rechte nicht abgegeben hat, sein. Man könne in der nächsten Session diese Dinge auch besorgen lassen.

Abg. Dr. Friedberg (nl) verweist seine Partei gegen die Anträge des Abg. Singer und gegen die Unter-Aktion, als wenn diese ihren Beschäftigten einen Schaden zufügen würde. Die Vorlage hätte in der Kommission mit so viel Schwierigkeiten zu kämpfen, daß eine Entscheidung sich nicht mehr ermöglichen ließ. Wenn Abg. Singer die Dreifachheit gehabt habe, dem Fraktionsführer vorzutragen, daß er anders denke als er spreche, und daß man ihm Bescheid im Lande nicht glauben werde, so hätte er das Bescheid der Sozialdemokraten als ein rein agitativeres.

Abg. Jähr. v. Deul hält gegenüber den Abg. Singer und Richter seine Beschlüsse aufrecht und bemerkt, daß die Anträge aber gerade die Sozialdemokraten nicht eingehen, obwohl das Centrum bereit wäre, für die Vorlage einzutreten. Wenn man aber auch wirklich bereit wäre, diese Anträge in die Handwerker-Vorlage aufzunehmen, werden die Sozialdemokraten bereit sein, für diese ganze Vorlage einzutreten? (Große Heiterkeit.) Nein, die Sozialdemokraten werden gegen das ganze Gesetz stimmen und überlassen es den anderen Parteien, sich mit dem Gesetz und den Anträgen später abzufinden.

Abg. Singer (Soz.): Es gebe zahlreiche Fälle, wo eine Partei sich bemühe, ein Gesetz so wenig schlecht wie möglich zu machen, trotzdem sie schließlich gegen das ganze Gesetz stimmen müsse. Die Ausföhrungen des Abg. Richter seien weiter nichts als der Widerspruch eines Mandatenträgers, daß der Staat nur als Mandatgeber und Beschützer des Mannes betrachte. Im nächsten Jahre er dem Bundesrat noch mehr sozialpolitische Verhandlungen als der freistimmigen Partei. (Heiterkeit.)

In der weiteren Debatte beschließen sich, zum Theil in rein persönlicher Angelegenheit, die Abg. Richter, Dr. Friedberg, Jähr. v. Deul, worauf ein Schlussatz angenommen wird. Währenddessen erhebt der Reichstagsrat Gamp zu Ehrenlohe im Saale.

Für den Antrag Auer stimmen nur die Sozialdemokraten, so daß derselbe abgelehnt ist.

Soz.) zieht hierauf einen Theil der Anträge zurück, so daß nur noch der Antrag, welcher sich auf die Krankenversicherung bezieht, übrig bleibt.

Der letzte Antrag wird ebenfalls abgelehnt. Damit ist die Spezialberatung der Vorlage beendet.

Die Gesamtbeschlüsse für die Vorlage sollen erst erfolgen, nachdem das Bureau die Beschlässe dritter Lesung zusammengeleitet hat.

Die Kommission hat noch zwei Resolutionen beantragt, eine betr. Geldunterstützungen für die Jünglinge zur Ausföhrung der ihnen obliegenden Aufgaben. Die Annahme erfolgt für erledigt erklärt.

Die zweite Resolution will Einführung des Befähigungsnachweises für das Bau- und andere mit erheblichen Gefahren verknüpfte Gewerbe.

Im Amendement Sibe verlangt den Befähigungsnachweis für ein Gewerbe.

Es findet eine kurze Debatte statt, an welcher sich die Abg. Gamp (Sp.), Sibe (St.), Baffermann (nl), Dr. v. Frede (kon.), Richter (freil.) betheiligen und die schon bekannte Stellung der einzelnen Parteien zur Frage des Befähigungsnachweises vorlegen.

Die Kommission über die zweite Resolution zweifelt nicht, erfolgt die Ausföhrung des Gesetzes durch den Sammelvertrag. Sie erachtet die Anwesenheit von 292 Abgeordneten, von denen 168 mit Ja, 126 mit Nein gestimmt haben. Die Resolution ist also mit dem Amendement angenommen. Die eingegangenen Petitionen werden durch die gestellten Beschlässe für erledigt erklärt.

Es folgt die dritte Beratung des Reichstagsrats in Verbindung mit der Besetzungsvorlage.

In der Generalabstimmung tritt Abg. Dr. Schädel (St.) nochmals für die Erhebung von mehr Arbeitern an die Mannschaften des Reichstags ein.

Staatssekretär Graf Potzdorff theilt mit, daß im nächsten Etat Mittel einstellt werden, um den Mannschaften eine bessere Verpflegung zu gewähren. Ferner theilt der Staatssekretär mit, daß die Regierung den vom Reichstag beschlossenen Abänderungen des Besetzungsgesetzes zustimmen werde.

Abg. v. Heintz (kon.) beantragt, die Besetzung der Besetzungsgesetze an und meint, daß die Anwesenheit der Landwirthschaft, die selbst schwer Noth litten, diese Aufhebung nicht verhehen werden. Offensichtlich werden die Regierungen endlich etwas zur Abhilfe des armen Volkthums thun.

Abg. v. Heintz (kon.) beantragt, in dieser Session so wenig für die produktiven Mittelstände, als für die Arbeiter, die Regierung möge endlich andere Wege gehen und sich aus den Fesseln des Mandatenträgers lösen lassen.

Abg. Schwane (St.) tritt ebenfalls für die Wünsche des Mittelstandes ein. Abg. v. Adenau betont, daß die Polen immer noch der argester Verfall bedürfen.

Die Generalabstimmung wird durch abgelehnt.

In der Spezialabstimmung wird das Wort nicht verlangt und die Nachtragssätze, sowie die Besetzungsvorlage endgültig genehmigt.

Legter Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Reichstagsrats und der Klaffeninsetzung der Diete.

Für Antrag des Abg. Dr. Gammacher wird das Gesetz abgelehnt angenommen bis auf zwei Anträge, die Städte-Löhne und Mittelst. ab der 4. in die 3. Session zu übertragen.

Die Abg. v. Heintz und v. Salisch beinhalten diese Anträge, welche abgelehnt werden.

Es folgt sodann die Gesamtbeschlüsse über das Handwerker-Gesetz, welche eine nennenswerte ist. Das Resultat derselben ist folgendes: Gestimmt haben 296 Abgeordnete, davon mit Ja 183, mit Nein 113 Abgeordnete. Das Gesetz ist also mit 70 Stimmen Mehrheit angenommen.

Die Anträge sind genehmigt. Die Freistimmigen, die Sozialdemokraten, ein Theil der Nationalliberalen, die Antiklerikalen und die Polen.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Nachtragssätze (Artikelbeschlüsse) 1/2 Uhr.

Ausland.

Italien.

Der Streik der Landarbeiter in Molise hat als beendet. Die Großgrundbesitzer stimmten sämtlichen Forderungen der Streikenden zu, deren Verbalten muthmaßlich war.

Niederlande.

Für die heute in den Niederlanden stattfindenden Stichwahlen haben sich die Ausföhrer der Liberalen insofern verbessert, als die von den „Antirevolutionären“ abgepöbelten „Christlich-historischen“ einen Anruf erlassen haben, überall mit ganzer Kraft für die Liberalen und sogar die Radikalen einzutreten. Wenn es noch gelingt, die zahlreichen lässigen Wähler heranzuziehen, die meist der liberalen Partei angehören, so kann es vielleicht noch gelingen, eine schmerzlicher-rechnende Mehrheit zu verbinden.

Provinzialnachrichten.

v. Merzbura, 24. Juni. (Aus alter Zeit.) Dafür, daß auch in früherer Zeit manches Unheil durch unbefugten Gebrauch von Schießwaffen herbeigeführt wurde, hat der Chronist Möbius ein Beispiel in seiner Beschreibung von Merzbura im Jahre 1584 der dortige Pastor den Schöpfer Schüllerer. Möbius hat hierüber: „Den 25. Aug. 1584 erkrankte Simon Groß, Parner zu Gerbertha, den Schmelzler sich vollziehen, kommt nach Gerbertha, klappt und blüdet, wie sich wollen zeigen, wird er durch den Pastor in besessenen mit Worten, auch der Schmelzler schloß das mehr auf ihn, will ich auch mit einem Worte. Darum geht der



Zur

Reise

**Fertige Reise-Costume,
Umhänge — Golf-Capes,
Blousen — Unterröcke,
Morgenröcke,
= Reise-Plaids, =
Stoffe für Reise-Costume**

empfiehlt in
grosser Auswahl
und in
jeder Preislage

Bruno Freytag, Leipziger Str. 100.

Muster- und Auswahlendungen nach Auswärts umgehend und franco.



Triumphstühle
in großer Auswahl von Mk. 1,50 an,
mit Armlehne Mk. 3,50.
Feldstühle u. Hängematten
empfiehlt
Albin Hentze,
24 Schmeerstraße 24.

Uhrketten

1 Stück von 50 Pfg. an bis 150 Pfg.
für Damen u. Herren, in massivem
Gold, 8 u. 14 Karätig, mit gefe-
deltem Stein, Platin, Silber, Gold,
14 Karätig Gold mit Silberunter-
lage, prima Qual., echt Silber,
la. amerit. Doublet, la. Zalmi
und echt Mittel empfiehlt

F. R. Tittel,
Schmeerstraße 3.

Korb- und Kinderwagenhandlung
Obere Leipziger Straße Nr. 45,
im Haupte Hotel Stadt Berlin.

Special-Verkauf
in Kinderwagen
10-20 Pfg. (neue
Muster), Ein-
wagen 10-40 Pfg.,
Kinderwagen mit
viereckigen Korb
und Verdeck, sehr
beliebt auf Land,
10-20 Pfg., Kuppen-
wagen u. 3-15 Pfg.
und Kleinförbe
3-15 Pfg. Alles gr.
Auswahl, sehr maß. Preise. C. Nasse.



Dürkopp's
Diana-, Phänomen-, Cito-
und Sirius-Fahrräder.
Generalvertreter
Herm. Lippold, Meckelstr. 14.

Accept-Austausch
wird Gold und silbernen Firmen
jeder Branche gewährt. Offerten sub
S. W. 569 an Rudolf Mosse,
Frankfurt a/M.

4% steuerfreie von der Russischen Regierung garantierte
Rjäsan-Uralsk Eisenbahn-Prior.-Anleihe v. 1897.
Zeichnungen auf obige Anleihe nehmen wir zum Course von 100 1/2 % **kosten-**
frei entgegen.
Paul Schauseil & Co., Bankgeschäft.

S. Weiss, Halle a. S.

Geschäftshaus feiner Herren- und Knabenmoden

Gummi-Mäntel

empfehlen
mit Stoffbezug
in allen Qualitäten und jeder Preislage.

Loden-Mäntel wasserdicht
Staub-Mäntel
Kutscher-Mäntel
Livree-Anzüge
Livree-Joppen
Livree-Röcke
Livree-Westen
Jagd- u. Haus-Joppen
Kellner-Anzüge
Frack-Anzüge.

Radfahrer-Anzüge

mit passender Mütze und Gürtel, in grosser Auswahl.

Alb. Wetterling
26 Schmeerstr. 26
empfiehlt
**dauerhafte
Schuhwaren**
in größter Auswahl zu den deut-
bar billigsten Preisen, sowie
Turnerschuhe
von Leder u. Drell.

Wer seine Uhr gut
und billig reparirt haben will,
benutze sich an
C. Hammer,
Uhrmacher,
Leipziger Straße 42.
Alles Neue Feder 1 Pfl., Glas 10 Pfl.,
unter Feiner 10 Pfl., Einzel 10 Pfl.
Garantie. Schlüssel 5 Pfl.

**Reform-
Einnadegläser**
Reinigen sich aus durch
rasche Einwirkung der
Konstruktion, leichte
Handhabung, durchaus
unabhängiger Verhältniss.
Bestimmte Gröszenweite
jedes Theiles.
Gustav Rensch
9/10 Schür. 9/10.

Granzbranntwein
in nur besser Qualität empfiehlt mit
aber ohne Salz als sehr wohltätiges
Mittel gegen Rheumatismus, sowie
zur Stärkung und Beseitigung des
Darmschlages. H. Waiskopf. (d)

Auction.
Sonabend, den 26. d. M., Vor-
mittags 11 Uhr veräußere ich
a) Geisstr. 39 hier, ausangehe: 1
große Partie Schulbänken,
100 Stück, 1 Kart. Fahr-
4 gr. Heisekoffer, raduceitliche
Glühlicht-Lampen, Klingeln,
Stemmer, 9 Accumulatoren, 4
Cyclometer, ca. 10 u. Belicht-
stoff, 1 Büffel, 1 Schreibstift,
2 Beistellen mit Matrassen und
Kissen, Bettstod, Kleider-
schrank, Kommode, Sopha,
Tische, Stühle, Spiegel, Bilder etc.
b) Mittags 12 Uhr im Gail-
hof am Roederberg in Giebichen-
stein: 1 Kommode.

Hirsch, Gerichtsvollzieher.
Auction.
Sonabend, den 26. d. M., Vorm.
10 Uhr veräußere ich Geisstr. 39
ausangehe: 17 Bd. Meyer's Cons. Per., 1 Kleider-
schrank, 1 Spiegel-Schrank, 1 Nach-
tisch, 1 Schumacher-Hälmajone.
Friedrich, Gerichtsvollzieher.

Räumungs-Verkauf H. Elkan, Leipz. Str. 89.

So lange der Vorrath reicht

Damen-Mäntel jedes Stück **2,50.**
Damen-Jackets jedes Stück **1,25.**
Kinder- u. Mädchen-Jackets jedes Stück **50 Pfg.**

Billigste Offerte zu Räumungspreisen für den 10. Theil des früheren Werthes.

Zum Ausschauen. Zum Ausschauen.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle, Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 5 Beilagen.

